

Bauen mit Breitband-Garantie

Schnelles Internet bei Hausbezug? Kosten sollen auf Grundstückspreis aufgeschlagen werden

Von Norman Reuter

Uelzen. Künftige Bewohner der Neubaugebiete am Ortseingang von Kirchweyhe und am ehemaligen Tennisplatz am Ost-ring in Uelzen könnten schon vom Vorstoß der Stadtratsgruppe WIR für Uelzen/Piraten/RRP profitieren: Die Gruppenmitglieder wollen sicherstellen, dass die Häuslebauer in den Neubaugebieten nach dem Bezug ihrer eigenen vier Wände möglichst schnell durch das Internet surfen können. Deshalb, so Rolf Tischer für die Gruppe, seien von der Stadt vor einem Grundstücksverkauf eine Breitbandanbindung auszuscheiden, einen Telekommunikationsunternehmen mit den Arbeiten zu beauftragen und die anfallenden Kosten für die Stadt auf den Grundstückspreis umzulegen. Der Käufer, so ist sich Tischer sicher, werde gerne die Mehrkosten tragen, wenn er dafür eine Breitbandversorgung erhalte.

Im Gespräch mit der AZ weist Tischer auf das Neubaugebiet Rießelkamp in Uelzen hin, das Anfang des Jahrzehnts erschlossen worden sei und in dem es bis heute keine vernünftige Internetversorgung gebe. Für Tischer in Zeiten, in denen die Nutzung des Internets immer bedeutsamer werde, eine unbefriedigende Situation. Im Antrag der Gruppe spricht Tischer den Preisverfall im Bereich der Telekommunikation an, der dazu führe, dass zwar ein Kommunikationsanbieter auf Nachfrage immer wieder beteuere, dass ein Anschluss von



Die künftigen Bewohner des Neubaugebiets am ehemaligen Tennisplatz könnten bereits von einem politischen Vorstoß profitieren. So soll eine Breitbandversorgung sicher gestellt werden, in dem anfallende Kosten mit dem Grundstückspreis verrechnet werden. Foto: lw

Häusern in einem Neubaugebiet möglich sei, aber letztlich nicht erfolge, weil die entstehenden Kosten für das Unternehmen zu hoch seien.

Uelzens Stadtbaurat Karsten Scheele-Krogull bestätigt dieses Dilemma, dem die Stadt in der Vergangenheit nicht entgegen getreten sei. Denn für eine Breitbandversorgung eines Neubaugebiets errechne das Unternehmen die Kosten und

zugleich auch den maximalen Investitionsbetrag, der für den Anbieter noch wirtschaftlich sei. Wenn sich dabei herausstelle, dass die Kosten höher sind als der berechnete Investitionsbetrag, müsse die vorhandene Wirtschaftlichkeitslücke durch einen Dritten getragen werden. „In der Vergangenheit hat die Stadt wegen der Sparzwänge erklärt, dass sie nicht für diesen Betrag aufkommen kann“, so

Scheele-Krogull. Nun, mit dem Vorstoß der Stadtratsgruppe bestünde die Möglichkeit, dennoch eine Breitbandversorgung zu gewährleisten und die Stadtkasse nicht zu belasten.

Für bereits erschlossene Neubaugebiete seien Beispielrechnungen zu den Aufschlägen erfolgt, dabei seien Beträge zwischen zwei und fünf Euro je Quadratmeter herausgekommen. „Für ein Baugrundstück

mit 600 Quadratmetern und einem Aufschlag von fünf Euro sind so 3000 Euro mehr zu bezahlen“, berichtet Scheele-Krogull.

Der Bauausschuss der Stadt Uelzen hat sich, wie berichtet, bereits für die Idee ausgesprochen. Nun hat noch der nicht öffentlich tagende Verwaltungsausschuss bei seiner nächsten Sitzung am Montag, 3. März, darüber zu befinden.